

Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Studierende 2017/18 an den Herrn Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung und an den Nationalrat

Zusammenfassung

Die Ombudsstelle für Studierende (OS) im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) hat jeweils per 15. Dezember gemäß § 31 Abs. 7 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz 2011 idgF an den zuständigen Bundesminister / die zuständige Bundesministerin sowie an den Nationalrat Tätigkeitsberichte (TB) über das jeweils vorherige Studienjahr vorzulegen.

Der Bericht 2017/18 steht auf der [Homepage des Parlaments](#) sowie auf der [Homepage der Ombudsstelle für Studierende](#) im Internet zur Verfügung. Berichtszeitraum ist das Studienjahr 2017/18.

Berichtsgegenstand und generelle Statistiken:

Berichtsgegenstand sind die Wahrnehmungen der OS zu im Berichtszeitraum vorgebrachten Anliegen aus dem per Gesetzauftrag definierten Studien-, Lehr-, Prüfungs-, Service- und Verwaltungsbetrieb an hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum sowie an Einrichtungen, die mit Studierendenthemen befasst sind.

Die hochschulischen Bildungseinrichtungen umfassen alle öffentlichen Universitäten, Privatuniversitäten, Fachhochschulen, öffentlichen und privaten Pädagogischen Hochschulen, die Donauuniversität Krems, die Diplomatische Akademie Wien, das *Institute of Science and Technology Austria* sowie sogenannte „§ 27 HS-QSG“ – Institutionen (i.e. grenzüberschreitende Studien). Unter mit Studierendenthemen befasste sonstige Einrichtungen fallen die Studienbeihilfenbehörde, die Stipendienstellen, die Aufenthaltsbehörden etc. Die vorgebrachten Anliegen kommen von österreichischen und internationalen Studieninteressentinnen und –interessenten, Studienwerberinnen und –werbern, Studierenden sowie von ehemaligen Studierenden.

Die **Studierendenzahlen** aller hochschulischen Bildungseinrichtungen im österreichischen Hochschulraum (mit Stichtagsabweichungen) zusammengefasst ergeben für das Studienjahr 2017/18 insgesamt **386.792** Studierende.

Die Zahl der **Studienwerberinnen und –werber**, soweit erhebbar, betrug

- an Fachhochschulen **56.567** Personen (Mehrfachbewerbungen möglich!)
- für öffentliche Universitäten und Pädagogische Hochschulen gibt es keine netz-verfügbaren Bewerberinnen- und Bewerberzahlen
- im Bereich der Privatuniversitäten gab es insgesamt **8.983** Bewerberinnen und Bewerber.

Anliegen in Zahlen

Wie bereits in früheren Jahren gibt es ein erhöhtes Aufkommen von Anliegen zu Zeiten von Fallfristen von Gesetzen, Verordnungen und institutionellen Regeln, so im (September, Ende der Erstzulassungen an öffentlichen Universitäten und Feststehen der Auswahlergebnisse an Fachhochschulen) sowie im November (Ende der Nachfrist an öffentlichen Universitäten) sowie zu den Vorlageterminen von Anträgen auf Studienbeihilfe.

Anliegen nach Geschlecht: **45%** der Anliegen kamen von Männern, **55%** von Frauen.

13% der Anliegen wurden von der OS gegenüber den Anliegendvorbriingerinnen und -vorbriinger in deren Sinne gelöst, bei **70%** der Anliegen wurden die Informationen erteilt; bei **10%** der Anliegen ergab sich nach Überprüfung des Sachverhaltes keine Zuständigkeit der OS oder es wurde zur Weiterbearbeitung durch die OS von den Anliegendvorbriingerinnen und -vorbriingern keine Zustimmungserklärung erteilt, somit war keine Behandlung dieser Anliegen möglich. Bei **7%** der Anliegen war keine Lösung möglich.

Aufteilung der Anliegen nach Institutionen:

- Universitäten: 233 (49 %)
- Studienbeihilfenbehörde: 66 (14 %)
- Sonstige Institutionen: 62 (13 %)
- Fachhochschulen: 40 (9 %)
- Institutionen nicht genannt / bekannt: 37 (8 %)
- Pädagogische Hochschulen: 21 (4 %)
- Privatuniversitäten: 14 (3 %)

Anliegen nach Themen

Die zehn häufigsten Themen waren:

- 140 Studienbedingungen (29 %)
- 82 Zulassung zum Studium (17 %)
- 66 Studienbeihilfe (13 %)
- 50 Sonstiges (10 %)
- 41 Studienbeitrag (7 %)
- 23 Anerkennung / Anrechnung von Leistungen (5 %)
- 15 akademische Grade (3 %)

- 13 Stipendien (2 %)
- 13 wissenschaftliches Arbeiten (2 %)
- 9 Behinderung, Krankheit (1 %)

Die Themenhäufigkeit variierte nach Hochschultypen

Beschreibung von Anliegen (ab S. 77)

Wie auch in früheren Berichten werden auch im TB 2017/18 Anliegen in Detail dargestellt und über Ergebnisse berichtet. Zu berücksichtigende Gesetzesmaterien werden jeweils zu Beginn der Anliengerschilderungen zitiert. Insgesamt sind 17 Anliegen beschrieben, zu folgenden Themen:

- Prüfungen an einer öffentlichen Universität vor Beginn des Wintersemesters
- „Stornierung“ einer Zulassung durch eine öffentliche Universität
- Auflagen zur Herstellung der Gleichwertigkeit des Vorstudiums im Zulassungsbescheid an einer öffentlichen Universität
- Erörterung der Möglichkeit einer Wiederholung gemäß § 77 UG einer gemäß § 78 UG anerkannten Prüfung an einer öffentlichen Universität
- Curriculum-Änderungen an einer öffentlichen Universität: Umstellung von studierenden Personen vom Curriculum A in Curriculum B
- Ausschluss vom Studium an einer öffentlichen Universität nach unterlassener Fortsetzungsmeldung trotz rechtzeitiger Einzahlung des Studierendenbeitrages an einer anderen Institution
- Änderung des Curriculums und drohender Verlust der Studienbeihilfe
- Verhinderung einer Studienverzögerung bei Curriculumänderung an einer öffentlichen Universität
- (Wieder)Zulassung einer studierenden Person zum Studium nach § 68 (1) UG in der Nachfrist an einer öffentlichen Universität
- Unzufriedenheit mit einer Beurteilung einer Masterarbeit
- On-line-Bewerbung einer studienwerbenden Person aus dem Ausland und Erfüllung der Mindestvoraussetzungen für die endgültige Zulassung an einer öffentlichen Universität
- Nichtzulassung einer studienwerbende Person zum Studium in der Nachfrist an einer öffentlichen Universität wegen Nichteinhaltbarkeit der Fallfrist für eine „persönlichen Zulassung“
- Studienrechtliche Joint Degree Programme einer österreichischen Fachhochschule mit drei ausländischen Universitäten
- Elektronische Signatur von Bescheiden zur Verleihung des akademischen Grades an Fachhochschulen
- Bearbeitung der Studienbeihilfe einer studierenden Person an einem Konservatorium wegen fehlender Verordnung nicht möglich
- Probleme mehrerer studierender Personen an einer Privatuniversität mit der Leitung einer Meisterklasse

- Mobilitätsstipendium

Vorschläge an Organe und Angehörige von Hochschulinstitutionen sowie an den Gesetzgeber

Insgesamt 10 Vorschläge ergehen an den Gesetzgeber sowie an den Herrn Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Die im TB 2017/18 enthaltenen Vorschläge an Organe bzw. Angehörige von Hochschulinstitutionen bzw. an den Gesetzgeber und Sonstige betreffen:

- 1Anerkennung von Prüfungen (§ 78 UG, § 56 HG, § 12 FHStG)
- Besondere Universitätsreife (§ 65 UG)
- Nichterreichen der festgelegten Anzahl an Studienwerber/innen bei Aufnahmeverfahren an öffentlichen Universitäten, die für dieses Studium registriert sind (§ 71c Abs 5 UG, ab 1. Mai 2019 § 71b Abs 6 UG)
- Veröffentlichung von Ausbildungsverträgen an Fachhochschulen und Privatuniversitäten
- Zweite Instanz an Fachhochschulen bei Rechtsschutz bei Prüfungen (§ 21 FHStG)
- Studierende österreichischer Hochschulinstitutionen an Standorten in Drittstaaten und deren Teilnahme an Wahlen der Österreichischen Hochschul_innenschaft (§ 47 HSG 2014)
- Psychologische Studierendenberatung auch für Studierende an Pädagogischen Hochschulen (§ 68a StudFG)
- Klarstellung des Nachweises der allgemeinen Universitätsreife (UBVO 1998)
- Mobilitätsstipendien: Ausweitung auf post-Brexit-Großbritannien (§ 56d Abs 1 und 5 StudFG)
- Patentanwaltgesetz: Anpassung der Eligibilitätskriterien für Patentanwältinnen und Patentanwälte an die „Bologna-Studienarchitektur“ (§ 2 Abs 1 Z d Patentanwaltgesetz)

Sieben Vorschläge ergehen an die Organe und Angehörige.

- Informationstransparenz bei Joint Degree Programmen (keine Rechtsnorm betreffend)
- Konkretisierung bei Dissertationen (§ 83 UG)
- Elektronische Amtssignaturen im Rahmen hoheitlicher Akte von Fachhochschulen (§ 19 E-Government-Gesetz)
- Vereinheitlichung der Nostrifizierungsverfahren im Rahmen des Studiums der Human- und der Zahnmedizin (keine Rechtsnorm betreffend)
- Informationen über Beschwerdemöglichkeiten in der Studiensprache (keine Rechtsnorm betreffend)
- Psychologische Studierendenberatung (auch) für Studierende des Vorarlberger Hochschulraumes (§ 68a Abs 1 StudFG)
- Studierbarkeit (keine Rechtsnorm betreffend)

Resumée

Während des Berichtszeitraumes sind folgende **Aktivitäten** aus dem vorgesehenen Arbeitsprogramm 2018 realisiert worden:

- Fortsetzung der Erweiterung des Dialogs mit hochschulischen Bildungseinrichtungen (Semester-Gespräche, Fachtagungen, Themenspeicher)
- die Semester-Gespräche mit dem Vorsitzteam der Bundes-Vertretung der ÖH
- Empfehlungen in die jeweiligen Themenspeicher für laufende und zukünftige Gesetzes- und Verordnungsnovellen
- Neuerungen und Anpassungen in hochschulischen Materiengesetzen im Zusammenhang mit der Datenschutzgrundverordnung (DGVO) respektive dem Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018

Ausblick

2019 werden gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern folgende Veranstaltungen abgehalten werden:

- Workshop „Coaching als Instrument in der Beratung durch Ombudspersonen“, März 2019, Wien
- Fachtagung „Qualitätssicherung“ März 2019, Leopold-Franzens- Universität Innsbruck, Innsbruck
- Fachtagung „Fälschungen“ April 2019, Johannes-Kepler-Universität Linz, Linz
- Fachtagung „Bedrohungsmanagement“ Juni 2019, Universität für Bodenkultur Wien
- Fachtagung „Wirkmächtigkeit von Amtssprache“ Oktober 2019, Amt der steiermärkischen Landesregierung, Graz

Folgende **Arbeitsschwerpunkte** sind für 2019 vorgesehen:

- Spezialseminar zu den Themen Aufnahme und Bearbeitung von Anliegen durch Ombudsstellen sowie mögliche Lösungsvarianten derselben und alternative Optionen anhand von konkreten Beispielen
- Behandlung des Themas Veröffentlichung von Namen von hochschulischen Bildungseinrichtungen in jährlichen Tätigkeitsberichten und unterjährigen Sonderberichten der Ombudsstelle für Studierende mittels elektronischem Konsultationsverfahren
- Analyse, Sichtung und Bewertung bestehender Vertragswerke von Fachhochschulen und Privatuniversitäten
- Ausbau der hochschulischen Konfliktmanagement-Stellen und zur Ermöglichung von Mediation für Hochschul-Angehörige
- Die Einrichtung eines INTRANET-Forums vor allem zu Rechtsfragen für die Ombudsstellen innerhalb des Hochschulombudsnetzwerkes soll 2019 realisiert werden.

- Weiters wird im Rahmen des Hochschulombudsnetzwerkes eine Workshopreihe zum Thema fachspezifische englische Terminologie zur Mediation und Konfliktlösung im Hochschulombudswesen abgehalten
- Intensivierung der Arbeitsbeziehungen zu den psychologischen Beratungsstellen inklusive des Ausbaus derselben auch für den Vorarlberger Hochschulraum